Einwände durch den Ausschuss noch möglich

Finanzausschuss

Protokoll Nr. FINA/02/2021

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Finanzausschusses
am 08.03.2021,**

**Ahrensburg, Sporthalle des Schulzentrums Am Heimgarten,
Reesenbüttler Redder 4 - 10, 22926 Ahrensburg**

Beginn öffentlicher Teil : 19:00 Uhr
Beginn nicht öffentlicher Teil : 20:15 Uhr
Ende der Sitzung : 20:26 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Peter Egan

Stadtverordnete

Herr Claas-Christian Dähnhardt
Herr Stephan Lamprecht
Herr Detlef Levenhagen
Herr Horst Marzi
Herr Bernd Röper
Herr Wolfgang Schäfer

Bürgerliche Mitglieder

Herr Burkhard Bertram
Herr Eckart Boege
Herr Jasper Braveheart Copeland Hasche
Frau Margit Goldbeck
Frau Karin Schrader
Herr Lasse Thieme

Verwaltung

Frau Sabrina-Nadine Blossey
Herr Dominic Demme
Herr Marcel Grindel
Herr Arno Petersen

Protokollführerin
bis TOP 7.2.2

bis TOP 7.2.2

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

Ö f f e n t l i c h e r T e i l

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
4. Einwohnerfragestunde
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 01 vom 22.02.2021
7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 7.1.1. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 7.2.1. Bericht Sachstand Liegenschaft Waldemar-Bonsels-Weg
 - 7.2.2. Vorstellung des Energieberichtes 2019
8. Bericht über geleistete über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2020 gem. § 82 GO **2021/015**
9. Bildung von Ermächtigungen im Rahmen des Jahresabschlusses 2020 **2021/017**
10. Aufstellung eines Doppelhaushalts für die Haushaltsjahre 2022/2023 **2021/019**
11. Anfragen, Anregungen, Hinweise - k e i n e -

Ö f f e n t l i c h e r T e i l

1. **Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

2. **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses fest.

3. **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Es wurden keine Beschlüsse in nicht öffentlicher Sitzung, die den Finanzausschuss betreffen, gefasst.

4. **Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen und Anregungen gestellt.

5. Festsetzung der Tagesordnung

Der Finanzausschuss stimmt der mit Einladung vom 25.02.2021 versandten Tagesordnung zu.

Der Finanzausschuss stimmt der Beratung der Tagesordnungspunkte 12 bis 14 in nicht öffentlicher Sitzung nach Hinweis auf die überwiegenden Belange des öffentlichen Wohls/berechtigten Interessen Einzelner mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Mitglieder gem. § 35 Abs. 2 GO in Verbindung mit § 46 Abs. 12 GO zu.

Abstimmungsergebnis: alle dafür

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 01 vom 22.02.2021

Einwände gegen die Niederschrift bestehen nicht.

7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

7.1. Berichte gem. § 45 c GO

7.1.1. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt

Die Berichterstatteerin erläutert die Entwicklung der Liquidität bis zum 09.04.2021 (**vgl. Anlage**). Derzeit weisen die städtischen Geschäftskonten einen Bestand von 11,97 Mio. € aus. Zum 09.04.2021 wird ein Bestand von 5,17 Mio. € erwartet.

Darüber hinaus wird berichtet, dass das Gewerbesteuer-Anordnungssoll 2021 derzeit rd. 20,86 Mio. € beträgt.

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

7.2.1. Bericht Sachstand Liegenschaft Waldemar-Bonsels-Weg

Der kaufmännische Leiter der zentralen Gebäudewirtschaft, Herr Petersen, verteilt in Papierform einen Sachstandsbericht zu der Liegenschaft „Waldemar-Bonsels-Weg“ (**vgl. Anlage**). Die Mitglieder des Finanzausschusses werden gebeten, die weitere Verwendung der Liegenschaft im Rahmen ihrer Fraktionssitzungen zu thematisieren und der Verwaltung eine Rückmeldung im Bezug auf die favorisierte Nutzung zu geben.

7.2.2. Vorstellung des Energieberichtes 2019

Der Energiemanager, Herr Demme, stellt den Energiebericht 2019 anhand einer Präsentation (**vgl. Anlage**) vor. Im Anschluss daran werden Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet.

8. Bericht über geleistete über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2020 gem. § 82 GO

Die im Haushaltsjahr 2020 vom Bürgermeister genehmigten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, von im Einzelfall bis 10.000 EUR, werden zur Kenntnis genommen. Sie betragen im investiven Bereich 50.415,82 EUR (**Anlage 1**) und im Ergebnishaushalt 66.039,87 EUR (**Anlage 2**).

9. Bildung von Ermächtigungen im Rahmen des Jahresabschlusses 2020

Die in der **Anlage 1** aufgeführten Ermächtigungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen für das Jahr 2020 i. H. v. 4.186.182,51 € werden zur Kenntnis genommen.

Daneben werden die dargestellten Ermächtigungen aus Vorjahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen i. H. v. 5.522.394,53 € zur Kenntnis genommen. Über diese vor 2020 bereitgestellten Mittel, darf im Jahr 2021 ebenfalls verfügt werden. Diese belasten somit im Auszahlungsfall die Finanzrechnung 2021. Die Abgänge für die Ermächtigungen aus Vorjahren betragen 1.870.280,68 €.

Ferner werden die in **Anlage 2** genannten Ermächtigungen für Aufwendungen i. H. v. 2.245.952,47 € zur Kenntnis genommen.

10. Aufstellung eines Doppelhaushalts für die Haushaltsjahre 2022/2023

Nach einer intensiven Beratung ist zusammenfassend festzustellen, dass die Fraktionen sich mehrheitlich für die erneute Aufstellung eines Doppelhaushalts aussprechen, da der Doppelhaushalt 2020/2021 inkl. der bisherigen Nachtragshaushalte u. a. sowohl durch die Corona-Pandemie als auch die Kita-Reform geprägt war und somit keine Standardsituation vorlag. Verwaltungsintern werden erneut Schulungen durchgeführt werden müssen, um insbesondere eine veranschlagungsreife Planung der Investitionen zu erreichen sowie auch das Zusammenspiel Finanz- und Personalressourcen zu verbessern. Im Ausschuss herrscht Einigkeit darüber, dass der III. Nachtragshaushalt 2020/2021 deutlich zu umfangreich war und es daher auch gilt die Nachtragshaushaltsplanung zu verbessern. Der Verwaltung wird mit der Aufstellung eines zweiten Doppelhaushaltes damit die Möglichkeit gegeben, aus Fehlern des bisherigen Doppelhaushaltes zu lernen. Grundsätzlich sollten die Aufwendungen und Auszahlungen auch künftig über Eckwerte begrenzt werden.

Nachdem sich im Laufe der Diskussion abzeichnet, dass der Ergänzungsantrag der WAB **AN/023/2021** zu der Beschlussvorlage 2021/019 keine Mehrheit erhalten wird, zieht Herr Egan den Antrag der WAB zurück.

Beschlussvorschlag:

Die Aufstellung eines Doppelhaushalts gem. § 77 Abs. 3 GO in Verbindung mit § 7 GemHVO-Doppik für die Jahre 2022/2023 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **10 dafür** (CDU, B'90/Grüne, WAB, FDP, DIE LINKE)

3 Enthaltung (SPD)

11. Anfragen, Anregungen, Hinweise

- k e i n e -

gez. Peter Egan
Vorsitzender

gez. Sabrina-Nadine Blossey
Protokollführerin